

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

54 (4.3.1920)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Wegpreis: Durch unsere Träger 1.75 M und 65 Pf. Zustellgebühr; abgeholt in der Geschäftsstelle und in Ablagen 2.— M; am Postkassett 2.15 M, durch den Postboten 2.30 M monatlich. Einzelheft 15 Pf.

Ausgabe: Freitag mittags; Geschäftszeit: 1/28—1/21 und 2—1/26 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 451.

Anzeigen: Die 7spaltige 'Krone' zelle oder deren Raum 50 Pf. Melkamen 1.50 M. — Vorkaufanzeigen billiger. — Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestunde 1/29 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachm. zuvor.

Die Abfindung der Hohenzollern.

Debatte im preussischen Landtag.

In der Dienstagssitzung der preussischen Landesversammlung stand der Entwurf eines Gesetzes über die Vermögensauseinandersetzung zwischen dem preussischen Staat und dem ehemaligen preussischen Königshaus zur ersten Beratung. In Verbindung damit steht der mehrheitlich sozialistische Antrag, eine reichsgesetzliche Regelung der Frage herbeizuführen, und ein Antrag der Unabhängigen, die Staatsregierung möge bei der Reichsregierung darauf hinwirken, daß mit größter Beschleunigung ein Gesetz geschaffen werde, wonach die ehemaligen regierenden Fürstentümer zugunsten der Staaten ihres gesamten Vermögens für veräußert erklärt werden. In letzter Zeit wurde über das Privatvermögen der Hohenzollern ein Vergleich mit dem preussischen Staat ausgearbeitet, nach welchem der Staat ihnen 100 Millionen überlassen soll, obwohl ihnen angeblich rund 300 Millionen Mark an beweglichem und unbeweglichem Vermögen gehören. Dieser Vergleich wurde von den beiden sozialdemokratischen Parteien abgelehnt. Nach einem Bericht in der 'Frankf. Ztg.' ging es in der Sitzung fürmlich zu. Finanzminister Dr. Südekum vertrat den Standpunkt der Regierung, daß die Vermögensauseinandersetzung nicht ohne Mitwirkung der Reichsregierung durchgeführt werden soll.

Für die sozialdemokratische Partei sprach Abg. Graf. Er betonte die Notwendigkeit der Vermögensauseinandersetzung mit der ehemaligen preussischen Krone. Die Stellung der sozialdemokratischen Partei zu dieser Frage ist klar. Als der Krieg zu Ende ging und das Meer sich auflöste, ist Wilhelm II. nicht an der Spitze seiner Truppe geblieben, sondern sei nach und nach nach Holland geflohen, um sein Volk in größter Not und Entbehrung zurückzulassen. Die vaterlandsliebenden Geister von einst aber haben das Volk vor dem Untergang zu bewahren gesucht. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten, Anruhe bei der Rechten und ganz links.) Die Königskrone haben sich damals um ihren geliebten König wenig gekümmert, ja in dieser Zeit sind sogar antisemitische Broschüren gegen den Kaiser von der rechtsstehenden Presse lebhaft besprochen worden. Dem Vertrag zufolge will die Krone auf 50 Schlotter und Grundstücke verzichten. 39 Schlotter und Grundstücke werden jedoch ohne weiteres als Privateigentum der Hohenzollern anerkannt. Heute wüßte der König von Preußen nach dem Beispiel Friedrich Wilhelm III. die Staatsschulden übernehmen und damit Preußens Schanden wieder gutmachen. Im Augenblick hungert das Volk, aber noch nicht die Hohenzollern, die durch die Vererbung vom 30. November 1918 durch angemessene Beträge für ihren Lebensunterhalt hinreichend versorgt sind. Wie kommt eine Familie, deren Oberhaupt noch nicht 55 Jahre alt ist, dazu, Forderungen von solcher Höhe zu stellen. Sie soll arbeiten, auch die Söhne und Töchter (Großer Beifall links), umsonst, als die Söhne ja alle ein Handwerk gelernt haben. — Graf erinnert in längeren Ausführungen an frühere Äußerungen des Kaisers gegen die Sozialdemokratie, seine Randbemerkungen und an seinen Briefwechsel mit dem Jaren. Graf forderte wiederholt die reichsgesetzliche Regelung der Frage, deren Entscheidung nicht dränge, damit die Angelegenheit leidenschaftslos erledigt werden könne. Wilhelm II., so schließt Graf, hat uns vaterlandsliebende Geister gescholten und uns als elende Nutte Menschen bezeichnet, die nicht wert sind, ihren deutschen Namen zu tragen. Wenn wir dem Gesetz zustimmen würden, dann müßten wir seine Ehre mehr im Leibe haben. (Starker Beifall links und Anruhe rechts.)

Die Rechten der bürgerlichen Parteien verhielten sich sehr verhalten. Es wird darüber noch zu reden sein. Das Zentrum ist bereit, sich auf den Boden der Vorlage zu stellen. Die Demokratie will das Ergebnis des Untersuchungsausschusses abwarten. Von den Deutschnationalen gar nicht zu reden. Der Redner der U.S.P., Adolf Hoffmann, benutzte die Gelegenheit, um mit allerhand Verleumdungen zu operieren, die vom Finanzminister erfolgreich zurückgewiesen wurden. Die Vorlage wurde mit den Stimmen der Rechten an den Rechtsausschuß überwiesen.

Die Finanzlage des Reiches.

Stuttgart, 3. März. (Priv.-Tel.) Ueber die Finanzlage des Reiches teilte der Finanzminister Liesching mit, daß bei den jüngsten Besprechungen der Reichsfinanzminister die Finanzlage nicht pessimistisch beurteilt. Dieses Urteil gründet sich darauf, daß die alten Steuern sehr erhebliche Mehrerträge geliefert haben. Der Reichsfinanzminister hoffe den nächsten ordentlichen Reichsetat balanzieren zu können. Dagegen liege der außerordentliche Etat Schwierigkeiten besonders durch die Entschädigung der Auslandsdeutschen in Goldmark.

Drohender Konflikt im Buchdruckgewerbe.

W.B. Berlin, 4. März. Ueber einen drohenden Konflikt im Buchdrucker- und Zeitungsgewerbe wird uns mitgeteilt: Der Tarifauschuß der deutschen Buchdrucker hat seit 27. Februar in Berlin getagt, um über die Forderungen der Gehilfenschaft auf weitere Teuerungszulagen zu beraten. Die Beratungen sind nach fünftägiger Dauer ergebnislos verlaufen. Auch der Versuch des Schlichtungsausschusses des Reichsarbeitsministeriums, den die Gehilfen angriffen hatten, ist von der Prinzipalität als unbrauchbar abgelehnt worden.

Das Ende des Eisenbahnerstreiks in Frankreich.

W.B. Paris, 4. März. Gavas meldet, daß auf sämtlichen Pariser Bahnhöfen die Arbeiter ihre Beschäftigung ohne Zwischenfall wieder aufgenommen haben. Man hofft, daß der Dienst wieder heute im allgemeinen Umfang aufgenommen werden wird. Der Verkehr hat sich zwar erheblich verbessert, aber die Rückkehr zur Arbeit geht nur allmählich vor sich. Nach dem 'Matin' wird es noch 14 Tage dauern, bis der Dienst in großem Umfang wieder aufgenommen werden wird. (Weitere Telegramme siehe unter 'Letzte Nachrichten' Seite 5.)

Politische Debatte im Badischen Landtag.

Karlsruhe, 3. März.

Im Zusammenhang mit dem 7. Nachtragsbudget brachte die heutige Sitzung die große Aussprache über die politische Situation, die — dies sei vorausgeschickt — Gemeinjamkeit der Mehrheitsparteien im Willen zum Aufbau des demokratischen Staates zeigte, ebenso wie auch starke Übereinstimmung hinsichtlich der Vereinfachung der Staatsverwaltung inklusive Ministerien, Anerkennung unserer Finanzverwaltung, unbedingte Intakthaltung des Beamtenapparats, Beibehaltung der Zwangswirtschaft für die allernotwendigsten Lebensmittel, besonders Brotgetreide, unter Zubilligung erhöhter Preise für die Landwirtschaft und schließlich im Widerstand gegen eine Ueberbannung des Unitarismus und jeglicher Art Verpreuung.

Den Reigen der Redner eröffnete Herr Köhler von Zentrum, der in weitestgehender Rede die Stellung seiner Partei präziserte, wobei er nach einleitenden finanziellen Perspektiven allgemeiner Sparmaßnahme das Wort redete bei Warnung vor überfüllter Zentralisation. Namens der sozialdemokratischen Fraktion konnte Abg. Genosse Maier (Heidelberg) in gründlichen, weitreichenden Ausführungen die Wichtigkeit der sozialdemokratischen Steuerpolitik vom letzten Jahre darzulegen, die die badische Staatsverwaltung ohne Fehlbeträge abwickeln läßt, um dann bei Bekundung des aktuellen Gedankens einer Vereinigung der südwestdeutschen Staaten im Rahmen des Reiches vor der sich abzeichnenden Reaktion abzurechnen, die unter Vertuschung ihrer Sünden jegliche Mittel aufwende, um den Aufbau des Staates zu hinterreiben. Der letzte Redner des Vormittags, Herr Dietrich von den Demokraten, unterließ es ebensowenig wie seine Vorredner, die verwerfliche Kampfweise der Deutschnationalen zurückzuweisen, der gegenüber er, sich manchmal stark seiner nationalliberalen Vergangenheit erinnernd, in scharfer Rhetorik eine Politik der mittleren Linie predigte.

In der Nachmittagsitzung kam dann die Opposition zu Wort. Der deutschnationale Herr Meyer-Karlsruhe verurteilte die vom Wortwurde zu reinigen, daß sich seine Freunde während der Revolution verhalten haben, vermochte jedoch neues Material nicht vorzubringen, wie er auch sonst über sein übliches Schema, das er verständig ausklingen ließ, nicht hinaus kam. Es folgten ministerielle Erklärungen, die die Niederlage der Deutschnationalen in der gestrigen Sitzung bestätigten. Denn nichts, aber auch gar nichts außer aneinandergereihten Erscheinungen, die wir dem durch die authentische Politik verurteilten nationalen Zusammenbruch verdanken, hatte der deutschnationale Redner für seine Behauptung einer unsoliden Wirtschaft beizubringen vermocht. So verließ er denn auch als gerichtet oder richtiger — denn es ging gar nicht so häufig zu — als blamierter Europäer den Kampfplatz, nachdem ihm Herr Dr. Schofer vom Zentrum als erster Redner der zweiten Reihe noch einige weitere Worte nachgeschickt hatte. Bemerkenswert ist aus der Sitzung dann noch ein Antrag der Mehrheitsparteien, eine Kommission zu wählen, die die Frage der Vereinfachung der Staatsregierung beraten soll, die namens des Staatsministeriums Staatspräsident Geiß befürwortete.

17. öffentliche Sitzung.

Präsident Kopf eröffnet die Sitzung um 9 Uhr. Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt Minister Kemmele zu seinen gestrigen Ausführungen ergänzend mit, daß der ausgearbeitete Reumann noch länger als er annahm, in Baden weilte. Auf eine kurze Anfrage des Abg. Maier-Heidelberg (Zog.) betr. Kündigung der Arbeiter der Zementfabrik Leimen wegen Stillelegung durch Kohlenmangel teilt Minister Kemmele mit, daß der Regierung die Kündigung von 400 Arbeitern nicht bekannt ist, wenn sie auch weiß, daß dort wie anderwärts Kohlenmangel ist. Die Kündigung erfolgt zu unrecht und sind die Löhne für die Zeit des Ausbleibens zu zahlen. Minister Rüder teilt hiezu noch mit, daß Stillelegung von Betrieben erst nach Verständigung des Demobilisierungsausschusses erfolgen kann. Die Firma ist deshalb in vollem Maße gegenüber den Arbeitern ersatzpflichtig. — Auf Anfrage des Abg. Schäff (Zog.) betr. planmäßige Verjüngung der Landwirtschaft mit Düngemitteln teilt Minister Kemmele mit, daß eine planmäßige Kontrolle der Düngemittelfabriken durchgeführt ist. In einer planmäßigen Schaffung von einheitlichen Landwirtschaftsorganisationen fehlen der badischen Regierung die Rechtsmittel. Eingegangen ist ein Antrag des Zentrums auf Aufhebung der Höchstpreise für Obstwein und Traubenwein.

Finanzdebatte.

Abg. Köhler (Ztr.): Was in der Kriegszeit nie versucht worden ist, hat der erste Landtag nach dem Krieg nicht nur versucht, sondern auch erreicht: Keine Ausgaben ohne Deckung. Was dem alten System nicht gelang, ist dem neuen System damit gelungen. Die Nachtragsherlichkeit muß jetzt ein Ende haben. Redner wünscht eine Reihe finanzieller Mittelungen, vor allem über die Rechnungsergebnisse von 1919, die Steuererträge usw. Wir dürfen wohl annehmen, daß jetzt ein Aufschluß über die finanzielle Wirklichkeit durch Klarstellung von der Seite gegeben wird, die diesen Vorwurf äußerte. Die Zulagen für die Geistlichen erkennen wir an: in den Pfarrhäusern

wird nicht in Saug und Braus gelebt. Man kann da nicht von fetten Pfänden reden. (Unruhe rechts.) Wenn Sie (zur Rechten) den Mann jetzt abschütteln, so kann uns dies nur recht sein. Diese Kulturkampfszeiten sollten vorbei sein. Beim Landestheater muß an eine starke Erhöhung der Einnahmen geschrieben werden. Die Kräfte müssen stärker angespannt werden; das angenehme Leben der früheren Zeit muß auch hier vorbei sein. Dann ist an ein Zusammenarbeiten der drei großen Theater unseres Landes zu denken. Geht aus das nicht, dann müssen wir uns nach der Decke strecken und an einen technischen Abbau denken, wenn wir auch die Kulturaufgabe der Theater begreifen. Bei der Verreichlichung der Bahnen müssen vor allem die Personalinteressen gewahrt bleiben. Wenn Bayern, Württemberg, dessen eigene Verkehrsämter erhalten, müssen auch wir eines bekommen. Wenn allerdings der preussische Eisenbahnminister Reichsverkehrsminister werden soll, dann steht es mehr einer Verpreuung als einer Verreichlichung ähnlich; denn aus seiner Haut kann keiner heraus. Die Unantastbarkeit des Beamtenstandes muß erste Staatsnotwendigkeit sein. Einer Voranmeldung stimmen wir unter keinen Umständen zu; wer sich an fremdem Eigentum vergriffen hat, darf keinesfalls mehr als Beamter tätig sein. Das neue Steuerge... nicht nur tief in das Finanzgebahren der Länder ein, sondern in erster Linie auch in die Selbstverwaltung. Zu verlangen ist, daß endlich einmal mit der Steuerveranlagung begonnen wird. In unseren Ausgaben müssen wir uns jetzt nach der Decke strecken: Sparamkeit muß Wirklichkeit werden. Deshalb muß mit der Staatsvereinfachung begonnen werden. Bereits bei der Verfassungsberatung waren wir der Ansicht, daß die Sechszahl der Minister genüge. Wir sind heute der Ansicht, daß dies schon für unser Land zuviel ist. Auch zur Abschaffung der Staatsräte sind wir bereit. Weiter bleibt es sich gleich, ob auf einem Ministerstuhl ein Ministerialrat sitzt. Wir können keine Verjüngungspläne brauchen. Dann sollte auch der Landtag zur Verminderung der Geschäfte beitragen. (Zwischenruf: In den eigenen Reihen umschauen.) Es sollten nicht zu viele an der Staatskrippe fressen wollen und die Jugend sich mehr dem Handwerk widmen. Die Institution der Dienstwohnungen sollte der Vergangenheit angehören.

Bei keinem Bauprogramm sollte sich der Staat der notwendigen Sparamkeit anpassen. Wir müssen unseren kommenden Etat der äußersten Sparamkeit anpassen. Denn jetzt handelt es sich in erster Linie darum, das notwendige zu erledigen. Es bleibt fraglich, ob wir den weiteren Ausbau unserer Hochschulen in bisherigem Ausmaße aufrecht erhalten können. Wir wünschen eine kleine Prüfungskommission des Landtages zur Prüfung der Möglichkeiten der Staatsvereinfachung. Man wünscht in unserer Fortbildung mehr Lebendigkeit. Meine Fraktion ist eine prinzipielle Gegnerin der Schuldenpolitik. Dies ist auch jetzt, so lange als möglich, aufrecht zu erhalten. Meine Fraktion wird immer sehen, ohne Schulden auszukommen. Trotz aller Schwarzschere und absichtlicher Riesenschere ist unsere Lage nicht so schwarz als sie dargestellt wird. Stetig geht der Aufbau vorwärts. Wir haben bereits eine gewaltige Arbeit geleistet. Sichtbar bemüht sich das Volk wieder. Einigkeit und Geschlossenheit zeigen, wie in der Auslieferungssfrage, auch hier ihren Wert. Bitten wir den Frieden nicht unterzeichnet, dann wäre der Feind ins Land gekommen, hätte sich die 900 selbst geholt, unsere Gefilde gerührt und unsere Gefangenen würden nicht zurückkommen. Die Reden von der Zentrumsherrschaft müssen allerdings im Interesse der Gleichberechtigung aufhören. Wenn wir die Verantwortung mittragen, dann müßte allerdings mit dem Robus gebrochen werden, Leute wegen der Zugehörigkeit zum Zentrum von Staatsposten auszuschließen. Wir bekämpfen alle Bestrebungen, die auf eine überstürzte Zentralisation hinauslaufen. Durch die Reichsvereinfachung ist die Postkontinuität aufgehoben. Wir müssen allerorts die Rechte Baden's wahren. Bei der Verwaltung des Truppenübungsplatzes Heuberg wurde über unser Territorium verfügt, ohne daß wir nur gestagt wurden. Was uns nützt, ist vor allem die Steigerung der Produktion der Landwirtschaft und der Arbeitsleistung der Arbeiterschaft. Eine Aufhebung der Zwangswirtschaft würde die Hungersnot bedeuten. Allerdings müßte die Wirtschaft aufgebaut werden durch eine Organisation der Produzenten und der Konsumenten im direkten Verkehr. Auf den Weg der Weltmarktpreise will ich in diesem Zusammenhang nicht eingehen. Allerdings müssen die landwirtschaftlichen Produkte bedeutend höher bezahlt werden. Die Preissteigerungen unserer Industrie lassen sich, wie die 'Frankfurter Zeitung' treffend feststellte, vielfach durch nichts rechtfertigen als durch die Profitgier. Hier muß die Hand angelegt werden. Es ist wenig schön, wenn heute Leute verfluchen, die Zentrumspartei herabzuziehen, die froh gewesen wären, wenn sie 1918/19 auf die Wahlliste des Zentrums gesetzt worden wären. Auch über die Ansichten des früheren Abg. Eichhorn über die Landwirtschaft sind wir bereit. Wenn die Landwirtschaft, wie neulich der 'Volkstfreund' meinte, bei Nichtablieferung zwangsenteignet oder zwangsbewirtschaftet werden soll, dann kann man das Ende übersehen. (Zwischenruf.) Wenn wir über das nächste Jahr hinwegkommen wollen, sind wir auf den guten Willen der Bauern angewiesen. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß wir zu Arbeiterlöhnen von 70 M im Tage kommen werden. (Abg. Kießlich: Und Ihr Freund Reichshaupt?) Der große Teil unserer Arbeiterschaft arbeitet. Es muß deshalb das Gerede auf dem Lande aufhören, daß nicht gearbeitet wird. Es ist nicht so, daß alle Erwerbslosen Faulenzer sind. Auch nimmt ihre Zahl fortwährend ab. Jeder gibt sein Bestes, damit wir wieder in die Höhe kommen. Nur durch eine geistige Umstellung unseres Volkes und aller Völker können wir und kann die Welt gesund werden. Monarchie und Republik sind nebensächliche Dinge. Kein Monarch konnte mehr unsere Zusammenbrüche aufhalten. Wir müssen deshalb nicht nur die Einrichtungen, sondern auch die Gesinnung ändern. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Maier-Seidelberg (Soz.):

Wir haben mit unseren Steuervorschlägen im vorigen Jahr wichtige Schritte getrieben. Die Befürchtungen haben sich nicht bewahrheitet...

Vereinbarung der Staatsverwaltung

Stimme ich zu. Hierzu müssen auch die Abgeordneten mitwirken; doch dürfen sie dann nicht zur Regierung laufen...

Arbeitszwang

für alle Klassen einführen. Dort könnten viele ihre Sünden büßen. Dem Volk wird vielerorts Arbeit gegeben...

Einfache Geschichten.

Von Hermann Stenz, Karlsruhe.

Die Kuhher.

Die Geschichte eines alten Weibleins.

Die Ziehharmonika setzte wieder zu spielen ein, noch schimpfend, wie Tiere knurrend, verzogen sich die Wurzeln auf ihre Plätze...

Die Alte war mittlerweile ins Freie entwichen und stand eine Zeitlang zitternd vor dem Wirtschaftshaus...

So an 95 Jahre hatte sie jetzt hinter sich und war die älteste Person im Stadt.

Sie dachte zurück.

Einmal, ja da war sie auch sauber. Da sprangen die Kneipeln nicht so mit ihr um.

War nicht immer leicht gewesen, das Geschäft. Aber so viel, so arg viel schlechte Waare hat's sicher nicht geben, wie heutzutage.

Vor achtzig Jahren, wie sie den Napoleon hinausgejagt hatten, damals haben ihre Eltern mit Obst und Grünzeug und was so drum und dran war, gehandelt...

Bei der Gelegenheit lernte sie ihren Mann kennen. Der war ein Farmer, ein Topfmacher, gewesen und trug in seiner Krage die selbstgebackten, grün, rot und blau glasierten gebrannten Töpfe...

es auch früher von Inhaberseite. Keinhilf liegt die Sache mit dem Finanzrat in der preussischen Verfassung...

größerer Staatsgebilde

in Reich zusammenzutun. Ich sehe nicht ein, warum wir die alten zufälligen Grenzen immer behalten sollen...

Keine Staatsform

war im Grunde die Sünden der rechten Seite wieder gut zu machen. Die Presse und die Führer der Rechten scheinen ihre Leser und Hörer nicht hoch einschätzen...

Herrschaften von rechts

mögen es es nicht zu tun treiben. Wir haben noch gar nicht soviel Zeit beim Aufbau gefunden, um mit den Herrschaften von rechts richtig abzurechnen...

Wirtschaftsfrage

bin ich der Ansicht, daß man die Bauern nicht unnötig verärgern soll. Die Zwangswirtschaft ist jedoch unumgänglich nötig...

Sozialfrage der Standesherrschaften

begonnen werden, wobei die geschlossenen Güter als Muster-güter betrieben werden und die parzellierten Güter mit Vorlaufrecht des Staates den einzelnen Gemeinungen zur Verfügung gestellt werden müssen...

Wir in Baden haben nicht diese Stürme gehabt, weil bei uns die Arbeiter nicht zu Elenden gemacht wurden...

Stumpf und Stiel ausgerottet werden. Der Handel an sich ist volkswirtschaftlich nötig; diese Art muß jedoch ausgerottet werden...

Weltrevolution

geworden, die nach Jahr und Tag weiter gehen wird. Wir werden vielleicht staatl. noch manche Veränderungen erleben...

Abg. Dietrich (Dem.): Keine Fraktion stimmt einseitig den Anforderungen für die Kirchen zu. Die Lage unserer Bahnen ist eine verhängnisvolle...

Gegen die Zwangswirtschaft haben wir eine Reihe Bedenken. Wir erkennen allerdings auch nicht die Bedenken, die ein radikaler Bruch bedeutet...

Anno siebzig, da wars nichts mit den Rüssen. Aber in den siebziger Jahren, da schimpften die Gesellen über die Meister, da kauften die Gesellen mehr Rüsse und schlügen sie mit der Faust auf...

So hat sie immer auf der Seite, auf der gerade am meisten geschimpft wurde, das beste Geschäft gemacht. Vielleicht weil man an den Rüssen so schön seinen Zorn auslassen und sie doch essen kann...

So trabte die Alte und sann für sich, die zahnlösen Klefer ständig hin und her bewegend, wie wenn sie faute. Ein paarmal blieb sie stehen, holte umständlich eine Wirtsendose aus dem Sack heraus und nahm mit Daumen und Zeigefinger parlam eine Brise Schnupftabak...

„Ja, ja, wird halt doch niemals Fried auf der Welt!“ Sie näherte sich ihrem Säuschen. Einatlich gehörte es ihr noch nicht ganz. Zwei Kammerlein, ein Wiebelboden, Flur und Keller waren die ganzen Räume in der alten Stätte...

Sie hatte gedacht, daß sich der Dump doch nicht wieder flüchten ließe. Aber eines Tages war er eben doch da. Grau, verlossen und abgerissen. Die Mutter mußte die Kammer räumen. Das hatte Streit gefost und jetzt kauften sie seit manzigt Jahren nebeneinander wie Sünd Stabe, beide an die Stätte gebunden...

(Schluß folgt.)

liegende Schuld am Kriege hat. Das darf man nicht sagen. (Widerbruch.) Wir sind die Dummheit und das Ausland ziehi Vorwürfe davon. Die Offiziere, gegen die aufzutreten ist, sind diejenigen, die im Kriege dazu gemacht wurden. Wir verloren den Krieg durch die schlechte Politik vor dem Kriege und im Kriege. (Zwischenruf: Durch den Kapitalismus.) Dann ist der Kapitalismus der Entente schuld. Wir sind leider militärisch wehrlos. Da darf man aber nicht wie die Rechte, den Sturm auf den Staat mitmachen. Man hat uns die nationale Zustimmung abgeprochen. Alle Welt weiß doch, daß ich mich gegen die Unterzeichnung des Friedensvertrages einsetzte. National ist gegenwärtig derjenige, der sich in den Dienst des Aufbaues stellt. (Sehr richtig!) Wer sich dagegen stellt, der handelt verwerflich; ob es jetzt von den Unabhängigen oder von der Rechte geschieht. Wenn das Volk wieder aufwacht und Zutrauen zu sich selbst bekommt, dann wird es wieder arbeiten, dann kommen wir auch aus dem europäischen Elend heraus. Denn nicht nur wir, sondern der ganze Kontinent hat den Krieg verloren. Es gibt keine Politik der radikalen Linken, keine Politik der radikalen Rechten. In einem Staat mit 80 Millionen Arbeitern gibt es nur eine Politik der mittleren Linie. Wir müssen auf die Fundamente des alten Staates einen neuen aufsetzen, wenn er auch anders aussieht. In diesem Sinne müssen wir arbeiten. (Beifall bei den Demokraten.)

Um 1 Uhr verlegt sich das Haus auf nachmittags 1/4 Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

Präsident Kopf eröffnet die Sitzung um 3.45 Uhr. Auf eine kurze Anfrage des Abg. Schön (Dem.) betr. einer Anfrage nach Kleinpachtland teilt Minister Rüdert mit, daß die Bezirksämter zu Bericht hierüber aufgefördert sind. Das Ergebnis liegt noch nicht vor. Ein Bedürfnis nach besonderen landesgesetzlichen Vorschriften liegt nach Ansicht der Landwirtschaftskammer nicht vor. Ob von den Befugnissen der Rechtsprechung Gebrauch gemacht wird, wird weiter geprüft.

In Fortsetzung der Finanzdebatte will zunächst Abg. Mayer-Karlstrube (D.) die Rede über den bauerlichen Agitator zerstreuen, der in der Debatte genannt wurde. Er gehört jedoch, wie er erklärt, nicht zu seiner Partei und nicht zu seiner Kirche. Als die Linke noch nicht in der Regierung war, behandelte sie die Regierung ganz anders als meine Partei es tut. Ich habe die ungesunde Mißwirtschaft als unsozial bezeichnet; wenn ich dieses Worturteil habe, so muß ich es ausprechen. Als ich in dieses Haus eintrat, sind nur von Männern von links Urteile über den Finanzminister geäußert worden, die nicht günstig waren. Ich befand mich trotzdem anfangs in Uebereinstimmung mit dem Finanzminister. Der Abstand wurde jedoch größer, da der Finanzminister sich änderte. Wir stehen mit unserem Urteil nicht allein; denn was hat denn der frühere Abgeordnete Muser in seiner unangehaltenen Landtagsrede gesagt, wenn auch der Ausdruck Mißwirtschaft nicht genannt wurde. Man sagt, wir seien wegen unserer Stellung zum Krieg und zur Revolution zur Kritik nicht berechtigt und wir müßten froh sein, daß wir noch am Leben sind. Seit 1792 haben wir eben doch einen gewissen Fortschritt gemacht. Zwischen unserer Kultur und der russischen ist eben doch ein Unterschied. Den Krieg sieht jedermann als furchtbare Erscheinung an; aber die Wunden wären verheilt, wenn nicht die Revolution gekommen wäre. (Zwischenruf: Der Krieg wurde zu lange geführt!) Wir müssen den Vorwurf, daß wir uns in der Revolution verstreut haben, zurückweisen. Wo waren denn die anderen bei der Revolution? Viele waren dabei, als die Leute der Revolution verteidigt wurde. Wir bemühen uns sofort Dämme gegen die Revolution aufzuwerfen. Nicht wir, sondern ganz andere sind damals ins Wasser gelassen. Heute sieht man es von der Revolution abzurücken — vor Lische las man anders. Auch wir schauen mutig und vertrauensvoll in die Zukunft, um den dicken Nebel zu zerstreuen, bis unserem Vaterland wieder die Sonne aufgeht. Wenn man nur von einem Tag zum andern schaut, kann man das Finanzwesen als einträglich bezeichnen. Doch muß man die Frage aus dem Gesamtzusammenhang unserer Volkswirtschaft betrachten, wenn wir damit auch die Verhältnisse Baden überschreiten und in Reichsverhältnisse hineinkommen. Hierbei ist an die entsehrliche Entwertung unserer Geldverhältnisse, die Arbeit unserer Volkswirtschaft zu erinnern. Das ist nur als Mißwirtschaft zu bezeichnen. Auch die „Frankf. Ztg.“ kritisiert die Wirtschaftspolitik der Reichsregierung. Ich habe auch mit Recht die Wirtschaft als unsozial bezeichnet. Denn was hat man denn gegen den jammervollen Zustand getan? Man hat die Zwangswirtschaft fortgesetzt und die Steuerlasten angezogen. (Abg. Kießlich: Sie haben das Geld verpulvert und jetzt muß es bezahlt werden.) Die Zwangswirtschaft wird nur durch Zwang aufrecht erhalten; ich wünsche nicht, daß man sie durch Waffen ausredet erhält. Ich möchte dringend bitten, dies zu unterlassen. Steuern allein tun es nicht und den Brunnen ausschöpfen darf man nicht. Wir leben über unsere Verhältnisse hinaus; dies gilt sowohl für das Privatleben wie für Reich und Länder. Man soll das alte Staatswesen nicht unbillig herunterziehen. Wir haben jetzt andere Sorgen. Die Lösung der Sozialisierung wird sehr verschieden verstanden. Die Regierung möchte offen aussprechen, daß man sich mit dem Begriffe der Sozialisierung im Irrtum befand. Ein gleiches Urteilst ist bei der Achtstundentag; man sollte dieses Gesetz bis zu günstigen Zeiten wieder aufheben. Auch die Arbeitslosenunterstützung sollte revidiert werden und der Beamtenkörper vereinfacht werden. Zum Siedelungswesen in Hagenfisch werden im „Vorposten“ Angezogen eine Reihe Bedenken geäußert. Der Landtag möchte sich um diese Dinge kümmern, damit das Geld nicht verunreinigt wird. Die Schule muß gründlich bleiben. Redner bringt verschiedene Schulwünsche vor. Ich bin überzeugt, daß wir alleamt durchdrungen sind vom Willen zur Arbeit zum Wohle unseres deutschen und unseres badiischen Vaterlandes.

Unterrichtsminister Hummel bemerkt zu den Wünschen bezüglich der Lehramtspraktikanten, daß von 49 Lehramtspraktikanten des neuen Staatsexamens 17 nicht beschäftigt sind, die im Martegeld bekommen.

Minister Remmele

betont, daß das Gros der Beamtenschaft mit Arbeit überlastet ist. Daß die Beamten, die die Zwangswirtschaft stützen, keine Sympathien haben, ist begreiflich; wir danken der Beamtenschaft sehr viel, sowohl für die Tätigkeit während des Krieges wie danach. Eine Verringerung der Beamtenschaft ist nicht möglich. Wir haben unsere Beamtenschaft auch nicht vermehrt. Allerdings an Vereinfachung und Einsparung ist bei der inneren Verwaltung nicht möglich. Warten Sie den Proteststurm ab, wenn wir ein Bezirksamt oder ein Amtsgericht aufheben. Abzweigen wird nicht gespart dabei, denn die Arbeit muß doch geleistet werden. (Sehr richtig.) Bezüglich des Aufenthalt Fremder, es gelten wie im Falle Neumann die aus der Ernährungslage gebotenen Normen, den Aufenthalt nur bis 6 Wochen ausdehnen zu lassen. (Zwischenruf: Baden-Baden!) Auch in Baden-Baden wird der Aufenthalt Fremder beschränkt, wenn auch das Hotelgewerbe nicht geschädigt werden darf. Leuten, die Schließungen begehen, wird der Aufenthalt in Baden generell verboten. Wir haben hierwegen Tugend vor Ausweisungen vorgenommen. Hinterrück wird dann vielfach behauptet, die Leute seien aus politischen Gründen, weil zur kommunistischen Partei gehörig, ausgewiesen worden. Unsere Einstellung der Durlacher Kommunistenkonferenz gefolgt.

einer Berliner Benachrichtigung. Die Polizei erfüllte diese Aufgabe ohne irgend eine Fribolität und benahm sich zurückhaltend gegenüber allen Provokationen, so daß sie sich den Dank der Regierung erworb. Wir wären pflichtvergessen, wenn wir eine Bewegung, die sich auf Gewalt stützt, außer acht ließen. Das hat mit Versammlungsfreiheit nichts zu tun. Pflicht des Ministers ist es da, die Augen offen zu halten; hiervon kann nicht sein Gesetz abbringen. (Beifall.) Der Ruf der norddeutschen Presse verboten worden zu sein, läßt unsere unabhängige Presse nicht schlafen. Die Feststellung von 5 Ausländern und einer Person, die wegen Landfriedensbruch seit Monaten gesucht wird, zeigt, daß wir recht hatten. Ich will nicht untersuchen, wie weit an der heutigen Wirtschaft die Partei des Herrn Abg. Mayer-Karlstrube schuld ist. Auf der einen Seite verlangt Herr Abg. Mayer Befreiung von der Zwangswirtschaft, auf der anderen ruft er nach dem Schuhmann. Wir müssen alle lernen, daß wir noch eine organisierte Uebergangswirtschaft brauchen. Diefelbe Demoralisation zeigt sich jedoch in allen Ländern; wie aus dem Teil des Artikels hervorgeht, den uns Herr Mayer nicht vorgelesen hat. (Beifall.)

Minister Rüdert: Auch die Justizbehörden leiden unter der Arbeitslast, die vielfach noch vom Kriege herrührt. Ich bin gerne bereit nach Erparung in der Justizverwaltung zu arbeiten. Eine Vereinfachung an vorgeordneten Stellen des Landes ist jedoch schwierig. Die Neben in Versammlungen in Bretten usw. gaben der Justizverwaltung Veranlassung, den Vorgängen nachzugehen. Es handelt sich hierbei um die Forderung nach Tabakfreigabe. Wenn es richtig ist, was die Zeitungen über die Versammlungen in Loth und Bretten berichten, dann muß die Staatsanwaltschaft nach dem rechten sehen. Sie ist bereits an der Arbeit, ohne sich um Politik zu kümmern. (Beifall.)

Minister Rüdert

weist darauf hin, daß dem Abg. Mayer der Beweis der „Mißwirtschaft“ nicht glücke. Die Zahl der Arbeitslosen ging stark zurück, wobei vor allem die Textilindustrie in Betracht kommt, die nicht genügend Rohstoffe hat. In einem Abbau der Arbeitslosenunterstützung kann man jetzt nicht herantreten. Damit würde man nicht Freunde, sondern Feinde des Staates schaffen. Wenn uns auch nur die Arbeit reiten kann, so wird doch kein einsichtiger Führer der Industrie den Achtstundentag abschaffen wollen. Nicht die Abschaffung des Achtstundentages ist zu verlangen, sondern daß in der Arbeitszeit richtig gearbeitet wird. Was wir brauchen, ist eine Verbesserung der Kohlen. Unter Sozialisierung ist nicht nur der Staatsbetrieb, sondern vor allem die Gemeinwirtschaft zu verstehen. Ich weise da auf die Siedelungs- und Landbau hin, die der Abg. Mayer anerkennt, und auf die Gemeinnützige Dorfgenossenschaft. Damit sind wir auf dem rechten Weg zur Sozialisierung. Die Wohnungsnote ist bei uns am größten in Deutschland, weil sich Kaufende Schlaf-Notbringer bei uns niederlassen. Wir haben deshalb bereits im vorigen Jahre die Wohnungen rationiert. Eine Rundfrage ergab 25 587 Wohnungsuchende. Dies illustriert unser Wohnungselend. Der Staat muß alles tun, um dem zu feuern. Die Mittel hierfür kommen der ganzen Volkswirtschaft zugute. Was die Wasserkräfte betrifft, so wird dies die größte Frage der Zukunft. Baden hat bisher mit allem Nachdruck den Standpunkt vertreten, daß die Elektrizität in unserer Hand bleiben muß. Bei diesem Standpunkt müssen wir bleiben, so lange nicht die Kohle in den Besitz des Reiches übergegangen ist. (Beifall.)

Staatspräsident Geiß erklärt, daß sich die Regierung schon lange mit der Vereinfachung der Staatsregierung befaßt. Verschiedene Minister sind gerne bereit, ihre Ämter zur Verfügung zu stellen. Es wird Aufgabe einer Kommission sein, die Frage zu prüfen.

Präsident Kopf teilt mit, daß ein Antrag der 8 Mehrheitsparteien einging, eine Kommission von 7 Mitgliedern einzusetzen, um die Frage einer Vereinfachung der Staatsregierung zu prüfen. — Es folgt die zweite Rede der Abg. Dr. Schöfer (Ztr.) meint, daß der Finanzminister einer Schuldenpolitik schärfsten Widerstand entgegenzusetzen müsse. Ich möchte warnen, die Oberbürgermeisterpolitik auf die Staatsverwaltung zu übertragen. So sehr wir die Bedeutung der Schulen anerkennen, so ist es doch wertvoll, ohne Schulden durchzuführen. Sorgen wir dafür, daß das Volkswesen nicht in Berlin zentralisiert wird. Auch in der Elektrizitätsfrage müssen die badiischen Interessen gewahrt bleiben. In der Sozialisierung sieht die Linke jetzt klarer als früher. Hier heißt es Vorwärts und nochmals Vorwärts. Es darf hier nichts unternommen werden, was die Volksernährung schädigt. Dies muß bei der Sozialisierung der Landesverhältnisse maßgebend sein. Nur gegen Verzögerung dürfen die Hufe übernommen werden. Es gibt jedoch auch Bächter, die das Verhältnis vorziehen. Seit Schaffung der Verfassung haben wir manches gelernt. In der Ernährungsfrage muß alles aufgehoben werden, um das Parlo zu erpingen. Deshalb müssen wir über beim Bauern den guten Willen mobil machen. Störend wirkt hier jedoch die Rationierung des Bauern, die nun muß, ebenso wie ihre Kontrolle, die nicht langt. Hierzu muß eine entsprechende Preisbildung kommen, damit der Bauer zu seinem Recht kommt. Was in das Gelände hineingetragen wird, wirkt vielfach zerstörend. Redner stellt entsehrten Preisangriffen fest, daß keine Partei niemals den Forderungen der Landwirtschaft entgegen und polemisiert gegen den deutchnationalen Abg. Hertle. Das Zentrum ist jederzeit für die Landwirtschaft und auch für die Gleichberechtigung der Arbeiterkassen einsetzend.

In den Volksschulen sollte man vom Welterkeit wieder zur Einfachheit zurückkehren. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß unsere Schule, eine christliche bleiben muß und behauere es, wenn in der „Volksmacht“ gegen das Kreuz mobil gemacht wird. Das Wort der Geistlichen kommt den armen Arbeitern zugute. Das unbeschränkte Steuerrecht für die Kirche würden wir akzeptieren. Durch die Säkularisation hat der Staat Verpflichtungen gegen die Kirche, diese müssen zuerst eingelöst werden. Den Streit um die Schuld am Kriege sollte man aufgeben. Wünschenswert wäre dann allerdings, daß die vielen Memoiren nicht geschrieben worden wären. (Sehr richtig!) Wer die größte Schuld am Kriege hat, läßt sich heute noch nicht feststellen. Ich persönlich messe den größten Teil der Schuld den Feinden zu. Letzten Endes ist es der Geist der Gemeinnützigkeit. Der Finanzminister hat anstehend in der Rede des Herrn Mayer-Karlstrube keinen Hinweis für die „Mißwirtschaft“ erbracht, so daß er sich die Kapit sparen konnte. Damit hat er richtig geurteilt. Mag der Erzbergerprozeß ausfallen wie er will — es ist ein schändliches Verfahren, daß das Trottoir den Richterstuhl einnimmt. Wohin kommen wir, wenn die Herren vom Mannheimer Bahnhof ähnlich verfahren? Und da sagt dann die Rechte: „Wir treiben keine Hebe“. Herr Kollege Mayer, mit solchen Taten haben wir uns nicht beschmutzt. (Abg. Mayer-Karlstrube: Haben wir uns beschmutzt? — Präsident Kopf: Wenn die Partei des Herrn Mayer gemeint ist, dann muß ich den Ausdruck rügen.) Welch klägliches Beweisführung des Herrn Mayer! Hoffentlich hat die Rechte etwas daraus gelernt. Angesichts der russischen Gefahr sollten wir Schüler an Schulleiter stehen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Arnold (Zoa.) stellt gegenüber den verdrehten Ausführungen der Deutschnationalen richtig, daß er im Zwischenruf erklärte, die Deutschnationalen hätten die Sozialisierung nicht begriffen.

Nächste Sitzung: Donnerstag vormittag 9 Uhr. Fortsetzung der Finanzdebatte. — Sitzung der Sitzung: 7.30 Uhr

Politische Uebersicht.

Mit der eigenen Peitsche!

Ein bewegliches Klagelied tönt uns aus den Spalten der „Freiheit“ entgegen. Artur Crispian, der radikale Parteivorsteher der U.S.P.D., ist von seinen eigenen Anhängern in Charlottenburg niedergebrüllt worden, weil dort ein Rechtsanwalt Froh, bis 1918 glühender Patriot und Annerjoniist, den noch Radikaleren mimte. Nun macht Crispian seinem gequälten Herzen in bewegten Ausführungen Luft. Er schildert auf reichlich zwei Spalten, was für ein braver, treuer, lieber Parteigenosse, welcher ein Krachmenschen geradezu er, Artur Crispian, von früher Jugend auf gewesen sei, wie er sogar für die Partei Flugblätter ausgetragen und im Gefängnis gefesselt habe. Und nun muß ihm das passieren, als „Oberbonge“ einfach niedergebrüllt zu werden! Nur ein Wort der Gerechtigkeit und Bernunft zu sprechen, das war das Braub, trennen Parteimärtyrer einige Absicht. Aber:

Der akademisch geschulte Jurist und „radikale“ Parteigenosse wollte das nicht zulassen. Er half es auch durchsetzen, daß unser „Oberbonge“ mit seinem gesunden Menschenverstand niedergeschrien wurde. Und wie! Der radikale Jurist gab ein leuchtendes Beispiel akademischer Bildung und feuerte irreführende Arbeiter immer wieder dazu an, den „Oberbonge“ nicht sprechen zu lassen. Unser „Oberbonge“ wurde beschimpft, wie noch nie in seinem Leben. Bitterer wie Bremser, Oberbonge, Schieber, Betrüger waren vieleicht noch nicht einmal die schlimmsten.

Beschimpft und niedergeschrien wie noch nie im Leben! Das will viel sagen. Denn unser „Oberbonge“ hat nicht nur manche stürmische Parteiversammlung mitgemacht, sondern auch manche gemessene Versammlung. Nicht einmal in jener Versammlung westpreussischer Agrarier, in der er dem „Butigen Stallknecht von Januscha“ entgegengetrat, wurde er so behandelt wie im Kreise seiner eigenen Genossen von seinen eigenen Genossen. Das niedergeschrien ist bitter. Es muß aber geschrieben werden. Denn erbärmlich wäre es, nicht offen auszusprechen, was ist. Es muß geschrieben werden, damit Besinnung und Scham und der Wille gemerkt werden, solche Parteifritten nicht aufkommen zu lassen. Bis hierher und nicht weiter!

Ja: Bis hierher und nicht weiter! — Sollte Crispian nun etwas früher „Bis hierher und nicht weiter“ gerufen, dann wäre ihm selber das nicht passiert. Aber er und seine Freunde haben sich ungelind und händeringend dabei gefesselt, wenn ergraute Arbeiterführer der Reichheitssozialdemokratie, die mindestens die Parteibergangenheit eines Crispian aufweisen konnten, von jungen Burden in der gleichen und noch schlimmeren Weise niedergebrüllt wurden. Aber dann war es für die „Freiheit“ immer nur „prächtiger Proletariatsjorn“, der sich in angeblich sehr gerechtfertigter Weise Luft machte. Nun, wo Crispian mit der eigenen Peitsche geprügelt wird, brüllt er nach Leibesträften: Bis hierher und nicht weiter! Nein, an ihm bewahrheitet sich der Satz: Die ich rief, die Geister, werd' ich nun nicht los!

Die Bewirtschaftung der Schuhe.

Die während des Krieges durchgeführte Bewirtschaftung der Schuhe ist auf Drängen der Händler aufgehoben worden. Die Herstellung der Schuhe übernahm die „Leberwahrungsauslösung“ des Schuhhandels, die Verteilung kontrollierte der „Haupthandelsauslösung“. Beide sind in der Auflösung. Es waren circa 27 000 Schuhhändler zu beliefern. Den Unterschied in den Preisen während der Zwangsbewirtschaftung und nach ihrer Aufhebung zeigt folgende Gegenüberstellung:

	Unter Zwangsbewirtschaftung	am 1. Jan.
1 Pfund rohe Rindschaut kostete	1.60	18 bis 20.50
1 Pfund gefaltene Kalbfelle kostete	2.50	33 bis 36.00
1 rohe Rohhaut kostete	40.50	625.00

Bei diesen Preissteigerungen für Leder stellen sich die Herstellungskosten für ein Paar Herrenstiefel, zu dem 600 Gramm Bodenleder erforderlich sind, auf 220 M. Gingu kommen die Verdienste für Groß- und Kleinhändler.

Die Regierung hat zur Verminderung der beschränkten Vorräte der Deutschen Lederaktiengesellschaft die Reichssteuerbefreiung O. m. b. S., Berlin, Kronenstraße 60/62, begründet, die durch die Kommunalverbände die Schuhe verteilen läßt. Statt die Schuhe selbst zu beschaffen, hat sie den Großhändler gegen 2 Prozent Provision in Anspruch genommen. Diese Stiefel, die den Stempel „Reichsschuh“ tragen, kosten:

Herrenstiefel	70.00 M.
Damenstiefel	60.00 „
Knabenstiefel	60.00 „
Mädchenstiefel	45.00 „
Kinderstiefel	35.00 „
Kleine Stiefel	35.00 „

Die billige Abgabe der Schuhe wird dadurch ermöglicht, daß das Reich aus den Ueberschüssen der Deutschen Lederaktiengesellschaft und den Erträgen der Konjunkturgewinnabgaben für jedes Paar Stiefel einen Zuschuß von rund 20 bis 40 M. zahlt. Der Umfang der Kostendeckung ist somit abhängig von der Preissteigerung auf dem Schuh- und Ledermarkt und von den Mitteln, die dem Reich aus den Konjunkturabgaben noch zufließen.

Spaltung der Kommunisten.

Die „Voss. Ztg.“ gibt Mitteilung von einem Beschluß des kommunistischen Parteitag in Durlach, nach dem die Bezirke Norden, Nordwesten und Niederbaden, sowie Großherlin nicht mehr als zur Partei gehörig betrachtet werden. Die Beschlüsse der betreffenden Bezirkskonferenzen zu den Heidelberger Verfassungen standen im Widerspruch zu diesen Leitfäden. Bemerkenswert ist noch eine Warnung des Parteitag vor der Wandauerung nach dem Räterepublik.

Aus der Partei.

Wiesbaden, 4. März. Heute abend 1/8 Uhr findet im „Bad. Hof“ eine Parteiverammlung statt mit wichtiger Tagesordnung. Die Parteigenossen, besonders auch die Mitglieder des Bürgerausschusses werden um vollständiges Erscheinen ersucht.

m. Unterwisheim, 2. März. Samstag, 6. März, abends 8 Uhr, findet im Gasthaus zur „Schwäne“ die monatliche Mitgliederversammlung der sozialdemokratischen Partei statt. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es nötig, daß alle Mitglieder erscheinen. Auch Leser der Parteipresse und Freunde unserer Sache sind eingeladen.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 3. März.

Präsident Fehrenbach eröffnet 1.25 Uhr die Sitzung. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Beratung eines Antrages der Frau Agnes und Gen. über die Außerkräftigung einer für die Regierungsbezirke Düsseldorf, Arnberg, Münster und Minden erlassenen Verordnung des Reichspräsidenten in Verbindung mit einem Antrage der selben Partei über Außerkräftigung einer weiteren Verordnung des Reichspräsidenten für das Reichsgebiet.

Abg. Dr. Cohn (N.S.) begründet die Anträge. Die Verordnungen, die u. a. die Zuchthausstrafe für Brandstiftungen, Verwundungen an Eisenbahnen usw. in Todesstrafe umwandeln, ist der Nationalversammlung erst vor acht Tagen zugegangen. Sie ist zurückzuführen auf die Deke gegen die Unabhängigen im Anschluß an die Vorgänge vor dem Reichstag. Sie richtet sich zunächst nur gegen die Industriebezirke, dann aber gegen das Reich mit Ausnahme von Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden. Die Mainlinie wird also von neuem gezogen. Die Maßnahmen des Militärbefehlshabers auf Grund des Belagerungszustandes richten sich gegen die Unabhängige Sozialdemokratische Partei.

Sie drücken sich meist in Festschreibungen und in der Aufhebung der Versammlungsfreiheit aus. Vom Standpunkte der Regierung dürfte eigentlich nur ein Verbot erfolgen, nämlich ein solches gegen den Minister Koss, der die Auslands- und Inlandspolitik für einen Borgellanden anzusehen scheint, auf den er bei Interdikt mit An- und Ausländern losläßt. Die Vorbereitungszeit für die Betriebsratswahlen wird ausgenutzt, um unbenannte Personen von der Opposition festzuhalten.

Bei der Beratung der Verfassung ist es niemand eingefallen, mit dem Artikel 48 dem Reichspräsidenten oder gar dem Reichsverminister das Recht einzuräumen, in einem Bezirk des Reiches wie in Düsseldorf besondere Gerichte einzusetzen, die nur auf Todesstrafe erstehen dürfen. Die sozialdemokratische Partei unterläßt diese Richtung.

Reichsminister Schiffer: Die Ausführungen des Vorredners widersprechen dem Geiste des Artikels 48 der Reichsverfassung. Die demokratische Regierung muß stark sein und unter Verantwortung vor dem Parlament alle Mittel anwenden, um die Ordnung zu wahren.

Reichsverminister Koss: Die wilden Eisenbahnerstreiks, die von dem Reichstag zu erwarten sind, werden die Regierung zu energischen Maßnahmen zwingen. Die Verordnung richtet sich gegen bewaffnete Banden, nicht gegen isolierte Verleumdungen. Die Todesstrafe, von der so viel die Rede ist, ist von der Befähigung des Reichspräsidenten abhängig. Wir haben mit der Annahme schärfer Mittel bis zum äußersten gewartet. Wenn man sich von der Verordnung ist lediglich der erste Teil, der die außerordentlichen Gerichte betrifft. Es ist nur Vergebung der Strafe, wenn behauptet wird, Streikende seien wegen ihres Streiks für die Herrschaft hinfällig geworden. Ein Kriegsurteil ist nicht gefällt worden. Als die Unabhängigen im Kohlengebiet die Herrschaft hatten, war es schlimmer als unter dem Belagerungszustand. Der furchtbare Ernst der Lage unseres Landes rechtfertigt nicht, auf scheinbare Anwendung ernstlicher Mittel zu verzichten.

Abg. Voehr (Soz.): Wir stimmen gegen den Antrag. Abg. Dente (N.S.): Minister Schiffer hat mit aller Deutlichkeit gesagt, welche Gefahren in einer solchen Vollmacht des Reichspräsidenten liegen. Koss und seine Begleiter üben eine Diktatur der Minderheit aus. Die Anträge werden abgelehnt.

Zweite Beratung des Entwurfs eines Kapitalertragssteuergesetzes.

Abg. Braun-Franklin (Soz.) bespricht eine Reihe von Resolutionen von Wohlthätigkeits- und wissenschaftlichen Anstalten. Zu § 3 Befreiung von der Steuer begründen die Abgg. Dr. Dernburg (Dem.), Dr. Mund (Dem.) und Herrmann (Witbg.) (Dem.) eine Reihe von Anträgen.

Abg. Gruber (Soz.) wünscht eine besondere Berücksichtigung der freien Berufe, zumal der Journalisten und Schriftsteller. Unterstaatssekretär Mölle mahnt zur Vorsicht vor weiteren Befreiungen von der Steuer.

Abg. Dr. Richter (D. V.): Eine besondere Berücksichtigung der freien Berufe wäre zu erwägen, wenn eine angemessene juristische Form dafür gefunden werden könnte.

Nach weiterer Auseinandersetzung wird § 3 in der Ausfertigungsform mit einigen Abänderungsanträgen angenommen. § 7 wird auf Antrag Dr. Mund (Dem.) in der folgenden Fassung angenommen: Steuerträger ist der Gläubiger, die Überwälzung der Steuer ist verboten. Der Rest des Gesetzes wird angenommen. Morgen 1 Uhr: Landessteuer und Gesetzentwurf über Kriegsverbrechen. Schluß 6 Uhr.

Minister Kemmele in Durmersheim.

h. Auf den Ruf der sozialdemokratischen Partei Durmersheim hatten sich am Sonntag nachmittag, trotz des verlodenden Frühlingwetters, nahezu 500 Personen, Männer und Frauen aus allen Bevölkerungsschichten und Parteien, im großen Saal des Gasthauses zum „Adler“ versammelt, um den Minister des Innern Kemmele zu dem Thema „Republik oder Reaktion“ zu hören. Der Redner entlegte sich in 15 Minuten, formvollendet und klar Rede seiner Aufgabe in glänzender, sachlich erschöpfender Weise unter bis zum Ende gespanntester Aufmerksamkeit aller Zuhörer.

Nachdem Minister Kemmele einleitend die schwere augenblickliche Not des deutschen Volkes gestreift und die links und rechts stehenden Volkserbeher kurz gekennzeichnet hatte, behandelte er zuerst die Frage: Wie stand es mit Deutschland und dem deutschen Volk im Augenblick des Zusammenbruchs, der notwendig die Revolution zur Folge haben mußte? Und was fanden die sozialdemokratischen deutschen Regierungen damals vor? Während die Entente, wie auch während des Krieges, frei war und produzierend wie konsumierend im Weltverkehr und Weltmarkt stand und besonders England eine ungeheuer reiche Lebensmittelpolitik im Aufbau und Abbau festgelegt hatte, stand Deutschland, als blockierte, ausgepreßte Insel, durch die total kurzfristige Kriegswirtschaftspolitik der alten Regierung vor dem wirtschaftlichen Ruin, der noch vergrößert wurde dadurch, daß Deutschland, in seinen Wirtschaftsmitteln und im Volkstörper vollkommen demokratisiert, dem Ausland gegenüber nur als Käufer und nicht gleichzeitig auch als Verkäufer auftreten konnte und mußte, und die deutsche Politik infolge der Fehler der falschen Kriegspolitik und des unglücklichen Kriegsausgangs und der langen Zeit bis zu einem endlichen Friedensschluß immer tiefer sank. Daß keine Regierung, welcher Partei sie auch immer gewesen wäre, diese Zustände im Handumdrehen hätte beseitigen können und beseitigen kann, dafür liefere Frankreich im Augenblick das beste Beispiel; nur erneute Arbeitsgewinnung und angestrengteste Arbeit des ganzen Volkes könne hier wie dort langsam aus dem Chaos herausführen.

Diese Zustände hätten von Anfang an rascher behoben werden können, wenn das gesamte Volk freiwillig und in erster Linie die Zwangswirtschaft weiter ertragen hätte. Statt dessen aber hätten alle Schichten, Industrie, Handel und Landwirtschaft, immer lauter nach der Aufhebung der Zwangswirtschaft, nach dem freien Spiel der Kräfte, geschrien,

und die Regierungen hätten damals, wider den Willen des Volkes, ihr damals schon klar erkanntes Ziel noch nicht mit der nötigen Schärfe durchführen können. Eine Folge dieses damaligen falschen Weges sei auch die von der Regierung seitens des Volkes abgezwungene Aufhebung der Devisenordnung gewesen, die es dann dem gewinnfüchtigen illiberalen Handel und dem Großkapitalismus ermöglicht hätte, statt der dem Volke und der Volkswirtschaft so dringend notwendigen Lebensmittel und Rohstoffe ungeheure Massen von Luxuswaren und unnötigen Genußmitteln und dergleichen nach Deutschland zu „schieben“ und dazu lebensnotwendige Waren nach zu „verschleppen“. Diese falsche Marschrichtung des legalen und illegalen deutschen Wirtschaftsverkehrs habe auch seinerzeit Wiffels Planwirtschaft zu Fall gebracht und den deutschen, auf den Weltmarkt angewiesenen Industriestaat mit Naturnotwendigkeit dann überfallen, nicht nur, aber am tollsten, im besetzten Gebiet dem fulminierenden Weltkriege in die Arme geschoben, aus dem allein Großhandel und Großindustrie Nutzen zögen.

Nun aber, nachdem die deutschen demokratischen Regierungen sich konsolidiert hätten und die bisherige falsche Einstellung im Wirtschaftsbereich von weiten Teilen des Volkes immer mehr erkannt werde, sei die Hoffnung auf eine langsame Besserung berechtigt. Die von der deutschen Regierung seit zwei Monaten erlassene „Rangordnung“ rechte des Rheins arbeite gut und über ihre Wirkung aus. Die teilweise schon geschaffenen Ausfuhrzertifikate, für jeden Industriezweig gesondert und immer am Hauptort der betreffenden Industrie (nicht mehr als 10 Kriegsgesellschaften alle in Berlin) erteilt, würden dem Reich wieder Devisen zum Einkauf von Lebensmitteln und Rohstoffen schaffen. Natürlich müßten wir nun an die Weltmarktpreise heran. Das könne aber nicht in vollem Umfang den im Inland erzeugten und zum Verbrauch kommenden Waren zumuten, und gerade die Landwirtschaft müßte hierfür noch etwas Verständnis zeigen und die Zwangsablieferung noch so lange ertragen, als sie eben unbedingt noch notwendig sei, zumal die Regierung volles Verständnis für die Lage der Landwirtschaft zeige und niemals mehr zulassen werde, daß der Bauer von neuem in die Schuldenwirtschaft hineingestochen würde. Eine gegenseitige bessere Einigkeit des Stadtbewohners in die Verhältnisse des Landbewohners, und umgekehrt, ein gegenseitiger Wille edler Hilfsbereitschaft und ein einmütiger Wille des gesamten deutschen Volkes in allen Erwerbszweigen könne und müsse uns wieder hochbringen, wenn auch langsam und unter schwerster Arbeit.

Wenn diese klare Erkenntnis der Ursachen unseres Elends und des Wegs aus diesem Elend heraus in den Geist des Volkes eindringe, dann sei die Frage, ob Republik oder Reaktion gegenstandslos geworden. Die schlechte innere und äußere Politik der alten Monarchie und das im In- und Ausland so verhängnisvolle „Herrentum“ der alten Mächte könne niemand mehr wünschen. Und nur als demokratische Staat können wir zu einer Revision des Versailles kommen, während ein „Hohenzollernium“ Krieg bedeute. Eine Diktatur sei in Deutschland überhaupt unmöglich, das lehre Ungarn nur zu deutlich.

Als Sozialdemokraten verortet manches Programmatische zurückstellen, sei es seine wie aller Parteigenossen Pflicht, zuerst die deutsche Volkswirtschaft wieder in Gang zu bringen; erst dann könne mit Sozialisierung begonnen werden. Durch Demokratie und ehrliche Arbeit zu neuem Aufstieg, zum bestmöglichen Glück des ganzen Volkes!

Dieser Gedanken Draht, nachdem Minister Kemmele unter lebhafte Beifall gendelt und in der Diskussion sich niemand zum Wort gemeldet hatte, in einem Schlusswort Gen. Müller-Ved aus Völsheim nochmals zum Ausdruck.

Gemeindepolitik.

Wohnungsfragen auf dem Lande.

m. Odenheim, 29. Febr. Die hier herrschende Wohnungsnot ist in letzter Zeit zum Wohnungs-Elend geworden. Von der Gemeindeverwaltung wurde zur Abänderung des Wohnungswesens aber auch gar nichts getan. Die bestellte Kommission hat bis jetzt sehr flau gearbeitet. Von unserer Partei wurde schon mehrmals der Antrag gestellt, zur Abänderung der Wohnungsnot solle die Gemeinde eine angemessene Zahl Kleinwohnungen bauen lassen. Aber eine ablehnende Antwort mit allen möglichen Ausreden, „es wäre das Bauen zu teuer“ usw. war der Bescheid. Selbstverständlich ist das Bauen von Häusern teuer, aber eine Gemeinde wie Odenheim kann sich das schon erlauben. Sätte damals, als wir den ersten Antrag stellten, die Gemeindeverwaltung gebaut, so wäre sie billiger dazu gekommen, was ja auch verbilligend wirkt. Die Herren auf dem Rathaus wissen auch ganz gut, daß gebaut werden muß, aber anscheinend haben alle Angst vor der Arbeit. Es wäre deshalb Sache des Bezirksamts, hier einmal nach dem richtigen zu sehen, denn es ist unglücklich und nachgerade unbillig, wie hier ein Suchen nach Wohnungen hergeführt und wie die Mieter, besonders jene mit mehreren Kindern, zusammengepfercht sind. Wir fordern deshalb die Gemeindeverwaltung auf, alsbald Schritte zu schaffen durch Erhaltung von Kleinwohnungen. Auch werden in nächster Zeit 1-2 Wohnungen frei, bei denen die Gemeinde der Vermieter ist. Das Bürgermeisterei beschließt, diese Wohnungen zu veräußern! Unsere Partei erhebt gegen diese Absicht entschiedenen Protest, denn das würde zu einer starken Mietpreiserhöhung führen. Die Wohnungen könnten sich nur der Reichen erlauben. Wir fordern das Bürgermeisterei auf, die Wohnungen zu einem festgesetzten Mietpreis unter den Wohnungssuchenden zu verlosen.

Die Gemeindevertreterkonferenzen für den Amtsbezirk Durlach finden am Sonntag, 7. März, nachmittags 1 Uhr, in Gröbigen im Gasthaus zum „Adler“, in Eingen im Gasthaus zur „Krone“ statt. Referenten sind die Genossen Christian Horst und Landtagsabgeordneter Meber-Durlach. Für Gröbigen kommen die Orte Lue, Berghausen, Durlach, Gröbigen, Grünwettersbach und Hohenwettersbach, Böhligen, Rainbach, Zupferich, Weingarten und Wolfartsweiler in Betracht; für Eingen die Orte Auerbach, Rangensteinbach, Untermuthelbach, Kleinstenbach, Spielberg, Königberg, Wilferdingen, Sölligen, Wöschbach und Eingen. Es ist zu wünschen, daß alle Orte vertreten sind.

Wannheim, 3. März. Die Stadtverordnetenversammlung erhöhte in ihrer gestrigen Sitzung den Fahrplattarif, eine Fahrt kostet nunmehr 50, 75 Pf. und 1 M. Außerdem wurden den städtischen Beamten neue Teuerungszulagen bewilligt.

Gewerkschaftliches.

Verbandsrat der Gast- und Schankwirte. In der letzten Februarnote tagte in Berlin der Verband der Gast- und Schankwirte Deutschlands. Besprochen wurde, eine erhebliche Erhöhung des Beitrags, wozu eine

Erweiterung der Leistungen verbunden ist. In einer einstimmig angenommenen Entschließung legte der Verbandstag gegen die Verhängung der Wucher- und Schleichhandels-Verordnung und die Licht- und Brennstoffparnis energisch Protest ein. Die Zustände auf dem Gebiet der Volkswirtschaft werden als unbillig bezeichnet. Weiter wendet sich die Entschließung dagegen, daß die Behörden sich angeblich als leichtfertige Alibolagegen zu Maßnahmen verhalten lassen, die das Gast- und Schankwirtsgerwe schwer schädigen. In einer weiteren Resolution spricht sich der Verbandstag für die Errichtung von Genossenschaften im Gastwirtsgerwe aus. — In den Hauptort wurde der bisherige Vorsitzende Wittin-Berlin, zum zweiten Vorsitzenden Döfke-Garlottenburg und zum Hauptassistenten Gienke-Berlin gewählt.

Badische Politik.

Arbeiter der Privatindustrie zur Freifahrt der Eisenbahnen.

Diese weite Kreise der Arbeiterschaft interessierende Angelegenheit beschäftigte auch die letzte Sitzung des Ausschusses für Gewerbe und Gewerbeten des Badischen Landtags. Wie vor einiger Zeit in der Presse mitgeteilt worden ist, hatte der Arbeiterausschuß der Karlsruher Parfümerie- und Toilettenfabrik Wolff u. Sohn eine Eingabe an den Landtag gerichtet, daß den Arbeitern in der Privatindustrie, die außerhalb ihrer Arbeitsstelle wohnen, ebenfalls freie Fahrt, wie den Eisenbahnern, gewährt werden müsse. Auch sollten ihnen die sonstigen Vergünstigungen zuteil werden, die heute die Eisenbahner genießen. In dem Ausschuss für Gewerbe und Gewerbeten gab nun ein Regierungsvertreter die gewünschte Auskunft. Darnach beträgt der Ermahmensatz, den die badische Eisenbahnverwaltung durch Gewährung von Freifahrt an die Eisenbahner erleihe, pro Jahr zwei Millionen Mark. Eingerechnet sind in diesen Betrag noch einige andere, den Eisenbahnern gewährte Vergünstigungen. Uebertragt man die zwei Millionen Mark auf die Stundenlöhne der Arbeiter, so entfällt auf ein Stundenlohn ein Zuschlag von 4 Pfennig. Auch die Kohlen werden den Eisenbahnern zum Selbstkostenpreis geliefert, zudem erhalten sie die Kohlen auch wirklich, während bei der übrigen Bevölkerung nicht regelmäßig geliefert wird. Ferner werden den Eisenbahnern zum En gros-Einkauf von Waren Gelder zur Verfügung gestellt; aber die Generaldirektion erleide dadurch keinen Schaden, da die Gelder stets wieder zurückgezahlt würden.

Von Mitgliedern des Ausschusses für Gewerbe und Gewerbeten wurde noch darauf hingewiesen, daß auch die Vergünstigungen, die den Karlsruher Eisenbahnarbeitern die Kantine bietet, wesentlich höhere seien, als allgemein angenommen würde. Es sei begreiflich, daß die Freifahrt der Eisenbahner bei den Arbeitern der Privatindustrie Mißbilligung finde. Aber alle den Eisenbahnern gewährten Vergünstigungen bilden einen Teil ihres Lohnes, der manchmal niedriger sei, wie in der Privatindustrie. Besonders seien vor dem Kriege die Eisenbahner sehr schlecht bezahlt gewesen. Ein Teil von ihnen erleihe die Vorteile der Privatindustrie, dann verziehe er auf die Vergünstigungen.

Der Ausschuss für Gewerbe und Gewerbeten beschloß, dem Gesuch des Arbeiterausschusses der Firma Wolff u. Sohn der Konsequenzen wegen nicht stattzugeben. Die Eingabe wird aber der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen.

Das Betriebsrätegesetz. Das bad. Arbeitsministerium hat eine Verordnung über den Vollzug des Betriebsrätegesetzes erlassen, in welcher bestimmt wird: So lange Bezirkswirtschaftsräte nicht bestehen, erfüllen die Schlichtungsausschüsse die im § 93 des Gesetzes dem Bezirkswirtschaftsrat zugewiesenen Aufgaben. Die Aufgaben des Landwirtschaftsrats gemäß § 94 des Gesetzes erfüllt, so lange ein solcher nicht besteht, das Arbeitsministerium.

„Totengräber des Reiches.“

Ausnahmeweise taucht in einem letzten Moment der „Süddeutschen Zeitung“ der preussische Junker der Gebante auf, daß vaterländisches Interesse und Junkerinteresse denn doch zwei verschiedene Dinge sind und daß insbesondere monarchistische Bestrebungen und nationales Wohl sich wie Wasser und Feuer scheiden. Leider erstreckt sich jedoch diese Erkenntnis nicht auf die Gesamtheit der deutschen monarchistischen militärischen Politik, sondern nur auf ein ganz kleines Teilgebiet, das den deutschen Nationalen Bestrebungen zuwiderläuft, (andererseits werden die Herren milder), nämlich auf die royalistischen Bestrebungen in — Bayern, über die das deutsche nationale Blatt schreibt:

Es hat sich unter Führung eines bekannten bayerischen Magnaten eine bayerische Nationalistenpartei gebildet, welche die Errichtung eines Königreichs erstrebt, in das auch Deutsch-Oesterreich eingeschlossen sein soll. Es sind ganz sicher nicht bloß royalistische Bestrebungen, die hinter diesem Plan stehen. Der Plan zu den Fäden, die hier gesponnen wurden, lag längst bereit, und diese Sonderbündel gemisser bayerischer Kreise ist kein Neuum. Der Urheber selbst würde nach den Erfahrungen der Revolution heute lieber wie morgen wieder den König zurückholen, und diese durchaus erklärliche Stimmung müßte die Nationalistenpartei für ihre perfidesten Zwecke aus. Was Formieren wird, macht ihr wenig Sorge; sie stützt auf den Reichthum, ohne auch nur einigermaßen das dahinter liegende Gelände zu berücksichtigen. Sie will einen innerhalb des deutschen Reichsverbandes unmöglichen Thron errichten und schafft eine Ruine.

Die „Süddeutsche Zeitung“ erinnert anschließend hieran an die Folgen dieser Politik für die anderen süddeutschen Länder, indem sich Baden, Württemberg und Hessen mit der Pfalz zusammenschließen würden, um dann zutreffend auf die Vergünstigung hinzuweisen, die die Entente (soll wohl heißen Frankreich, da in der Entente auch andere Strömungen vorhanden sind) über diese bayerische Politik empfindet, über die sie folgendes Urteil fällt:

Die edlen Bayernaren, die den erwähnten Plan ausgeführt haben, gesehen sich zu den Totengräbern des Reiches; sie arbeiten seinen Todfeinden in die Hand, bei denen sie auf den leibhaftig taktkräftigsten Unterstützung finden. Sie ist ihnen vielleicht schon angeboten worden. Nur wenn Deutschlands Stämme und Staaten fest zusammenhalten, wenn sie trotz der Forderungen im Innern einig bleiben, kann die Zukunft für Deutschland sich wieder freundlicher gestalten. Im anderen Falle ist ihm der Untergang sicher — der Untergang für alle Zeiten. Das verzehe man auch in Bayern nicht.

Wir nehmen von diesem Urteil gerne Kenntnis. Wir freuen uns der Einigkeit der Deutschenationalen, daß Deutschland einig bleiben muß, wir teilen die Auffassung, daß ein innerhalb des deutschen Reiches errichteter Thron eine Ruine schafft — so lange jedoch die Deutschenationalen selbst mit ihrem Tun und Treiben eine Politik pflegen, die nach ihrer soeben kundgegebenen Ueberzeugung Deutschlands Untergang für alle Zeiten bringen muß, können wir nicht anstehen, den Vorwurf, den sie den Bayern machen, auf sie selbst zurückzuführen, nämlich Totengräber des Reiches zu sein.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 4. März.

Die Frau und die Politik.

Die gestrige öffentliche Frauenversammlung mit dem Thema, die im „Gesanten“ stehend, hätte etwas besser besucht sein dürfen. Das Referat hatte Genossin Dr. Trautwein aus Forstheim übernommen, die in einem vorzüglich aufgebauten und inhaltsreichen Vortrag über die Stellung der Frau zur Politik und ihre Aufgaben in derselben berichtete. Nachdem die Referentin einen kurzen Rückblick auf die Revolution mit der Einführung des Frauenwahlrechts wies, führte sie etwa aus: Durch die Gleichberechtigung wurde die Frau vor neue Aufgaben gestellt, da dieselbe nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten trage. Infolge der Einführung der Frau in den Gewerbebetrieb hat dieselbe auch Anspruch auf Gleichberechtigung, für dessen Forderung nur die Sozialdemokratie, besonders ihr unerschütterlicher Kampf, eintrete. Die Reichsparteien waren stets dagegen, sie wollten die Gleichberechtigung der Frau, sowie die Vollbildung hintanhalten, für deren Forderung nur die Sozialdemokratie ist und am liebsten. Auch das Zentrum, das 1883 gegen die Frauenberufsgesetzgebung stimmte, sowie die Liberalen zeigten keine besondere Liebe für die Gleichberechtigung. Sie war uns deshalb bei den kommenden Wahlen bewußt, daß nur die Sozialdemokratie für die Frau in jeder Beziehung eintrat. Auf Grund der Mutterpflicht hätte zwar schon der Frau die Gleichberechtigung verliehen werden müssen. Sobald die Reform der Reichsversicherung in Angriff genommen wird, muß die Mutterpflichtversicherung zurückgebaut werden. Gibt es jedoch bei den Wahlen eine reaktionäre Mehrheit, dann ist es aus mit der Mutterpflichtversicherung. Das uneheliche Kind muß dem ehelichen gleichgestellt werden. Das sind Fragen, die nur mit Hilfe der Sozialdemokratie vermittelt werden können. Ein bester Säuglingschutz ist einzuführen. Das schwerste Verbrechen des kapitalistischen Staates war, daß er die Frau in das Gewerbeleben gestößt, aber nicht für genügend Entlohnung sorgte und so die Frau ins Elend stürzte. Die Hauspflicht, Kindererziehung, sowie das Vormundschaftsgericht erfordern einen weiseren Ausbau. In der freien weiblichen Berufsschule muß der Grundstein zur weiteren Ausbildung gelegt werden. Die Fürsorge für Kranke, sowie die Armenpflege usw. erfordern die aktive Teilnahme der Frauen. Beim Arbeiterinnen- und Jugendschutz hat die Frau ein großes Tätigkeitsfeld vor sich. Alle diese Fragen stehen und fallen je nach dem Ausfall der Wahlen. Sorgt deshalb bei den Wahlen, daß nicht die Reaktion am Ruder kommt, denn es gilt nicht nur für eure, sondern auch eurer Kinder, eurer Zukunft Wohl. Sorgt für den Sieg der Partei des Sozialismus, für die sozialistische, für die Menschenfreiheit. — Der vorzügliche Vortrag löste allgemeinen Beifall aus.

Die anschließende Diskussion, an der sich eine größere Anzahl Genossinnen und Genossen beteiligten, war eine sehr anregende. In derselben wurde u. a. betont, daß schon im kommunistischen Manifest der Befreiung der Frau gedacht wurde. Des Weiteren wurden die verschiedensten Gebiete der Frau, so die Frage der Geschlechtskrankheiten, des Kindes- und Mutterschutzes, die Wohnungsfrage, Kellerkammerfrage usw. Zum Schluß ging die Vorsitzende, Genossin Landtagsabgeordnete Fischer, auf einzelne in der Aussprache angeführte Punkte ein und ermahnte mit anfeuernden Worten die Frauen zur stetigen Mitarbeit in der Partei, worauf sie die recht gut und anregend verlaufene Versammlung um 10 Uhr schloß.

Verein Arbeiter-Jugend Karlsruhe. Heute abend 8 Uhr findet im Lokal „Gambinushalle“, Gehringengasse, ein Vortrag von Gen. Prof. K. H. Bach über „Schundliteratur“ statt. Der Vortrag ist für die Jugendlichen ganz besonders interessant und wichtig, es ist volkstümliches Erziehen aller Jugendgenossen und Jugendgenossinnen nötig. Auch noch nicht dem Verein angehörende Jugendliche sind eingeladen, ebenso auch die Eltern, denen der Vortrag mancherlei Aufklärung und Fingerzeige über die Lektüre ihrer Kinder bringen wird. — Von halb 8 Uhr ab Bücherausgabe. Die Vorstandsmitglieder werden ersucht, sich um 7 Uhr einzufinden zu einer wichtigen Besprechung.

Wiener Kinder auf der Durchfahrt. Den künftigen Hauptbahnhof postierte gestern ein Transport Wiener Kinder. Sie wurden nach Verabreichung von Suppe und Kaffee den östlichen Fußgängerbrücken von Schern, Breiten, Wühl, Eitlingen, Uttenau, Forstheim, Haffat und Rendsen übergeben, in dessen Umgegend die Kinder untergebracht werden. Da in Wien die Grippe herrscht, wurden anstatt der 600 Gemeinderat nur 400 fahren. — Die das „Tagblatt“ erfährt, sind in Baden jetzt 3600 Wiener Kinder untergebracht.

Bauarbeiter-Genossenschaft „Selbsthilfe“. Wir verweisen hiermit auch an dieser Stelle auf die am Sonntag, 6. März, nachmittags 4 Uhr, in der „Alten Brauerei“ (Vildhof), Herrenstraße 10, stattfindende Versammlung. — Die arbeitslosen Mitglieder wollen sich im Laufe der nächsten Woche im Vereinsbüro melden.

Die Begrüßungsfeier für die kriegsgefangenen Kriegsgefangenen findet, wie bereits mitgeteilt, am kommenden Freitag, 5. März 1920, abends 7 1/2 Uhr, im großen Festsaal.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Die Karlsruher Konzertwoche.

Der Badische gibt sich alle erdenkliche Mühe, um seine Verdienste auf einer in jeder Beziehung befriedigenden künstlerischen Höhe zu halten. Umso beauerlich war die Interesselosigkeit, mit der ihm das Karlsruher sogen. Konzertpublikum am vergangenen Mittwoch seine Verdienste dankte. Zur Aufführung kam der „Herakles“ von Gändel, ein Oratorium, das schon rein äußerlich eine dramatische Wirksamkeit besitzt, die für die Bühne vermerkt das Werk erst in seiner eigentlichen Bestimmung erkennen lassen würde. Sehr bezeichnend ist auch Gändels Untertitel: er nennt es ein „musikalisches Drama“. Es kann dem Badischen nicht genug für die Gelegenheit dieses Werk zu hören, gedankt werden; denn es bringt musikalische Schönheiten, die doch mehr als das Formale darstellen, wenn dies auch einschließen vorübergehend ist.

Die Wiederholung erfordert musikalische Sängere. Hier werden nicht, wie in so manchem modernen Konzert, etwa danebenstehende Töne durch großartige Begleitungsorchestrierungen voll Dimensionen oder absonderlicher Klangfarben zugeordnet. Hier herrscht klare, durchsichtige Einfachheit. Und die Forderungen, die sie stellt, wurden durch Karl Seidel (Sopran) bestens erfüllt. Welch und sich gibt seine Stimme auf und ab, schwingend und doch fest und ohne Schwanken in dem Ton, in dem sie stand. Ethel Sells' Gesang kam der Fäulnis Rolle sehr zu statten. Die Wärme und strahlende Fülle ihres weichen Organs konnte auch hier entzünden. Margarete Bruntsch hatte statt Heddy Brügelmann die Partie der Desdemona übernommen und führte sie trotz mancher Schwierigkeiten zu aufrichtiger Freude durch. Wundervoll gelang ihr die Szene „D. Jäger, Du treuloser Herakles“. Kadinka Reuebauer

statt. Die Mitwirkung von Adolfin Alara Schäffle, Koloraturfängerin, Herrn Bentur Singer, Opernfänger, Herrn Direktor Hans Blum; ferner des Gesangsvereins Concordia, der Freien Turnerschaft und des Musikvereins Harmonie verspricht den Heimkehrern gediegene Genüsse. Zutritt hat nur, wer im Besitz einer Einladung ist. Heimkehrer, die noch keine Einladung erhalten haben, werden gebeten, sich bei der Kriegesgefangenenheimkehr, Bekehrer Allee 10, zu melden. Für die Heimkehrer, die bei dieser Feier nicht zugegen sein können, ist eine weitere Veranstaltung in einigen Wochen vorgesehen.

Zum Vorkreuzer mit dem besetzten Gebiet. Die bisher für die französische Zone der besetzten Rheingebiete (ausschließlich Saargebiet) erlassenen Anordnungen über die Einschränkung des Postverkehrs mit dem unbesetzten Deutschland sind mit Ausnahme der Bestimmungen über die Einführung im Postbezugswege oder sonst verbotenen Zeitungen und Druckwerke aufrechterhalten worden. Der Postverkehr mit der französischen Besatzungszone (auschl. Saargebiet) richtet sich daher jetzt nach den allgemeinen Vorschriften. Wegen der Zeitungen und sonstigen Druckwerke verbleibt es vorläufig bei den bisherigen Bestimmungen. Die Verordnung der Rheinlandskommission vom 10. Januar, die dieser Kommission oder jedem der von ihr besonders ermächtigten Offiziere oder Beamten für gewisse Fälle das Recht auf die Auslieferung von Briefen und Postsendungen jeder Art verleiht, wird durch diese Änderungen nicht berührt.

Landestheater. Infolge mehrfacher Erkrankungen im Schauspielpersonal — nachdem Herr Baumback gerade wieder soeben hergestellt ist, daß er an den Proben teilnehmen kann, sind Frau Gemach und Herr Pöschel an der Grippe erkrankt — mußte der Spielplan leider nochmals geändert werden. Am Samstag den 6. März statt „Rachet“ „Gawron“ und dafür am Sonntag den 7. März „Liliet“ von der „Fals“ gegeben werden. Die Rachetvorstellung soll nun am Dienstag den 9. herauskommen. Im Konzerthaus findet am Sonntag abend anstelle von „Liliet“ eine Vorstellung des Schwanks „Die drei Bräutigame“ statt.

Generalversammlung des Gesangsvereins „Kassalla“. Die am Samstag, 28. Februar, im Reichslokal „Auerhahn“ stattgefundene Generalversammlung erzielte sich eines guten Besuchs. Der 1. Vorsitzende Brandel eröffnete dieselbe kurz nach 8 Uhr mit Worten der Begrüßung. Dem im Druck vorliegenden Jahres- und Rechenschaftsbericht ist mit freundlicher Genehmigung zu entnehmen, daß sich das Vereinsleben durch Zusammenarbeiten der Mitglieder rechtlich heiler entwickelt hat. Der Mitgliedsbeitrag betrug am Jahresende 487. Gemerztlich befragt der Verein den Verlust von 9 Mitgliedern, denen der Vorsitzende mit einem ehrenvollen Nachruf gedachte. Die zur Beratung und Beschlußfassung gestellten Anträge fanden sachgemäße Erörterung. In den Neuwohlen des Gesamtvorstandes wurde aus der Mitte der Versammlung der Wunsch geäußert, daß die allen Mitglieder wieder ihre Kassen behalten, und wie im abgelaufenen Jahr auszuführen möchten. Die Versammlung stimmte dem Wunsch einstimmig zu, ebenso dem Vorschlag, den Vorstand um 3 Mitglieder zu verkleinern. Die Vereinsverwaltung besteht aus folgenden Mitgliedern: 1. Vorsitzender Brandel, 2. Vorsitzender Wolf (Sängerposten), Kassier Wils. Schäffler, 1. Schriftführer Koger, 2. Schriftführer Glaus jr., Sängerleiter Schultheis, Musikalienverwalter Schwanninger, Beisitzer: Kirchner, Vogel, Däbner, Blum, Neijoren; Zimmermann Schnattered und Wadershauser. Nachdem noch verschiedene kleinere Wünsche besprochen waren, sprach der Vorsitzende zum Schluß die Hoffnung aus, daß der Verein auch weiterhin eine blühende, wahrer Gesangskunst und aufrichtiger Freundschaft weihen möge.

Schörr-Quartett. Heute, Donnerstag, den 4. findet abends 8 Uhr der erste der vier Kammermusikabende der Konzertdirektion Kurt Reufels statt, für welchen das Schörr-Quartett aus Würzburg (ehem. Weisfelder) und die hiesige Musikantin Felina Koch gewonnen wurden. Vorverkauf bis 6 Uhr Waldstraße 29 Abendkasse ab 7 1/2 Uhr im Eintrittskassaale, Beginn pünktlich 8 Uhr.

Kleine Nachrichten.

Berlin. Nach einer Meldung des „Berliner Lokalanzeiger“ aus Hannover haben die Polizei dort 18 Sozialisten fest, die in allen Göttergärten Goldfische aufzuehen und diese in das Ausland schmuggelten. Viele Goldfische wurden beschlagnahmt.

Nach einer Meldung aus Lugano hat der Präses von Turin die Beschlagnahme von fünf von Arbeitern besetzten Baumwollenspinnern und deren Verwaltung durch Staatskommissare für Rechnung der Polizei verfügt.

In Solingen wurde in der Nacht auf den 3. März noch Verhinderung der Verhandlungen zwischen der Streikleitung und den Arbeitgeber über die Beilegung des Streiks in der Metallindustrie, die im großen und ganzen zu einer Einigung führten, die Arbeiter aber beim Verlassen des Verhandlungstischs von den dräuenden Worten nach Tausenden zählenden Menge unter Führung von mehreren mit Knütteln bewaffneten Personen überfallen, mißhandelt und schwer verletzt. Die Menge verbotene die Polizei daran, die Arbeiter zu beschützen. Die englischen Besatzungstruppen verhielten sich neutral.

Lang an ihrer Stelle den Herold Lichas mit dem ganzen Netz ihres eigenartig gefärbten, sympathischen Organs. Eine außerordentlich schwere Aufgabe hatte Max Winter mit der Partie des Herakles und er löste sie mit allen Mitteln seines stets, trotz ihrer Schwere, so ungemächseln klingenden Stimme, seiner Klimatechnik mit Bewunderung gedacht. Er war es, der die stärksten dramatischen Momente aufzuweisen hatte. Rein und gut klangen die Chöre. Manchem hätten die Einsätze ein wenig prägnanter sein dürfen. Das Orchester — die Leitung hatte Fritz Cortesegis — spielte ausgezeichneter; von besonderem Eindruck war das Vorspiel zum dritten Akt.

Lula Myls-Gmeiner kam endlich am letzten Freitag. Auf dem, allmählich nicht gerade billigen Programm stand 4. Dezember. Doch auch nach diesem Vierteljahr schien das Konzertinteresse ein nicht geringes zu sein. Die berühmte Konzertschauspielerin von den besten Traditionen. Sie kam vor allem auch vorzutragen. Das letzte Lied, den sie am schärfsten sang, „Alle vier“, „Gefühl“, „Kühnheit“, „Mummesse“ und „Wandelnde Glode“ gedenkt mit diesem Reiz auf der ausgezeichneten Gestaltungskraft hervorgehoben, der „Gefühl“ mit besonderer Intensivführung. Die Stimme besitzt bereits Schärfe, daher leistet die vorzügliche Deklamation im Verbalen sehr viel. Manchem jedoch gehen Töne regelrecht daneben; das einträchtig dann und noch mehr. Von den Volkliedern sei die „Ganz der kelle Mond“ als noch in lebhafter Erinnerung lebend, genannt. Von den Volksmusikischen Kompositionen halten wir offen getanden nicht allen viel; wir haben schon schöneres von ihm gehört. Dafür gab der Begleiter Julius Weismann eine hübsche des Schönen. Von den — was noch gesagt sei recht poetisch gesungenen — Schwammliedern, erfuhr ein jedes eine so eindringliche und künstlerisch vollendete Begleitung, daß man mit aufrichtiger Entzücken an diesen Soudgenuss zurückdenkt, den ein Künstler ebener Kultur bereitet hat.

Letzte Nachrichten.

Unruhen in Niederbayern.

München, 3. März. In den niederbayerischen Städten Straubing und Passau kam es zu schweren Unruhen. In Straubing stürmte eine verheerende Menge das Landgerichtsgelände und befreite zwei verhaftete Schwarzschnitzer. (1) Nach den Beamten der Wasserabwehrstelle, die die Verhaftung vorgenommen hatten, wurde vergeblich gesucht. Die Bürger- und Reichswehr wurde aufgerufen. Es kam zu Kämpfen, wobei es auf Seiten der Demonstranten zwei Tote, sowie Verwundete gab. Unter den Toten befindet sich der Redakteur der neugegründeten sozialistischen „Neuen Tagespost“. In Passau wurde eine Theatervorstellung für die freien Gewerkschaften, in der das Drama „Aur Elaner“ aufgeführt wurde, durch Reichswehrsoldaten und Studenten gesprengt. Es kam zu Schlägereien vor dem Gebäude, wobei einige Personen verletzt wurden. Die Garnison wurde alarmiert und säuberte den Platz.

Die Vereinfachung der Wasserstraßen.

Würzburg, 3. März. Hier fanden vertrauliche Besprechungen über den Uebergang der Wasserstraßen an die Reichsverwaltung statt. Die gemeinsame Konferenz der Länder und des Reichs stimmte dem Vorschlag des Reichs zu, daß die Kosten der laufenden Unterhaltung der Wasserstraßen, soweit diese an das Reich übergehen, vom Reich zu übernehmen sind, ohne daß die Länder hierfür eine Entschädigung an das Reich zu zahlen haben. Der Uebergang der Wasserstraßen an die Reichsverwaltung wird am 1. Oktober vollzogen werden.

Das Loch im Westen.

Kassel, 3. März. Der Kommandeur der 1. Reichswehrbrigade will den Ausnahmezustand beseitigen, um dem Schieber- und Schleißhändlertum energisch zu Leibe zu rücken, und das Loch im Westen verstopfen zu helfen. Er wird insulgebessenen das Kaji- und Briefgeheimnis zum Teil aufheben, um eine Durchsuchung der Kasse und Eisenbahngüter zu ermöglichen. In Frankfurt a. M. wurden an einem der letzten Tage 24 Schieber verhaftet. Die Beschuldigten der angehenden Begleiter wollen ähnliche Verordnungen in ihren Kommandobezirken erlassen.

Die wirtschaftliche Wiederaufrichtung Europas.

Paris, 3. März. Bertinax meldet dem „Echo de Paris“ aus London, die Wirtschaftliche Abteilung des Obersten Rates habe Leitende aufgestellt für die wirtschaftliche Wiederaufrichtung Europas. In diesen Leitenden komme zum Ausdruck, daß möglichst viel gespart werden müsse und daß die produktiven Grenzen zu steigern seien, daß sie größtmögliches ergeben. In den Leitenden wird abgeklärt, daß Europa eine einzige wirtschaftliche Einheit darstelle. Die wirtschaftliche Produktion werde überall normal sein oder sie sei nirgends. Es wäre deshalb notwendig, Deutschland und Rußland in Stand zu setzen, an der wirtschaftlichen Erhebung Europas mitzuarbeiten. — Bertinax ist mit diesem letzten Wunsch nicht ganz einverstanden, denn er meint, Deutschland müsse verhindert werden, die Rolle zu spielen, die es vor dem Kriege gespielt und die es ihm ermöglicht habe, in Europa eine wahre Hegemonie aufzurichten. — Der Berichterstatter des „Reit Journal“ aus London sagt, die Frage der Bewilligung langfristiger Kredite sei nicht gebilligt worden.

Die Liste der Beschuldigten.

Genf, 3. März. (Privat-Tele.) Der Ausschuh der Entente, der das auf die angeblichen deutschen Kriegsschuldigen bezügliche Anlagematerial zu sammeln hat, hat dem „Echo de Paris“ zufolge nunmehr seine erste Liste fertiggestellt, die, wie bekannt, als Brille für die Ehrlichkeit der deutschen Justiz gelten soll. Die Liste, die etwa vierzig Namen enthält, unterliegt gegenwärtig der Zustimmung der Ministerpräsidenten der beteiligten Länder, das heißt Frankreichs, Englands und Belgiens.

Politische Massenmorde in Ungarn.

„Recher Klobh“ berichtet, daß außer zwei Redakteuren einer sozialdemokratischen Zeitung noch zwei Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei, und zwar der Parteisekretär Miklos Gerventa und der Sekretär des Eisenbahnerverbandes Eugen Pak vermisst werden. Außer ihnen fehlen noch etwa hundert Mitglieder der Partei. Die Parteileitung hat, als immer mehr Mitglieder der Partei als vermisst gemeldet werden, den Parteisekretär Gerventa beauftragt, bei der Polizei die Anzeige zu erstatten. Vor etwa vier Wochen ist dann Gerventa selbst verhaftet worden, und weder die Partei noch seine Angehörigen wissen etwas über ihn. Neuerdings sind wieder drei Personen unter auffallenden Umständen verhaftet worden.

Budapest, 3. März. (Privat-Tele.) Wie nach einem Wiener Telegramm gemeldet wird, ist der Moskauer Rebellentum der sozialdemokratischen Zeitung „Krepszava“, Bela Semogvi und Bela Baska von den Mitgliedern eines der Offiziersbataillons verhaftet worden, die sich in der letzten Zeit gebildet haben und eine Schreckensherrschaft in Ungarn ausüben.

Anschließend wird bereits ein neuer Ueberfall der Offiziersbataillons bekannt. In der gestrigen Sitzung der Ratissauerparlament machte der Präsident die Mitteilung, daß während der Ratissauerparlament das Parlamentsgebäude von Soldaten umzingelt war. Der Finanzminister konnte nicht in das Abgeordnetenhause gelangen obwohl er sich in seiner Eigenschaft als Kabinettsmitglied vor dem dienstituenden Offizier auswies. Der Kriegsminister Friedrich teilte mit, daß gegen sein Auto, in welchem er den Schwurplatz passierte, ein Revolveranschlag abgegeben worden sei. Er habe drei Personen bemerkt, die für die Tat in Betracht kommen, der Missetäter wurde nicht verhaftet.

Briefkasten der Redaktion.

Nach Selbst. Wir können derartige Dankfugungen unmöglich in redaktionellen Teil des Blattes bringen; die Anerkennung trägt ausgesprochenen Interaktionscharakter und wir müssen Euch deshalb auf den Inseratenbogen verweisen, wo übrigens die Dankfugung bereits auch letzten Samstag stand.

Verantwortlich: für Vortitel, Deutsche Post, Ausland, Aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Adel; für Badische Post, Aus der Stadt, Kommunales, Sozialistisches und Beilagen Hermann Winter; für den Anzeigenteil Gustav Arndt, sämtlich in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Naturfreunde.) Heute Donnerstag 7 1/2 Uhr Photostimmung im Lokal. Vollständiges Erscheinen der Photostimmungsmitglieder ist erwünscht. 2082

Wasserstand des Rheins.

Schutterinsel 110 Zim., gef. 2 Zim., Neßl 200 Zim., gef. 2 Zim., Maxau 378 Zim., gef. 4 Zim., Mannheim 281 Zim., gef. 3 Zim.

